

Der Islamische Staat schießt deutsch

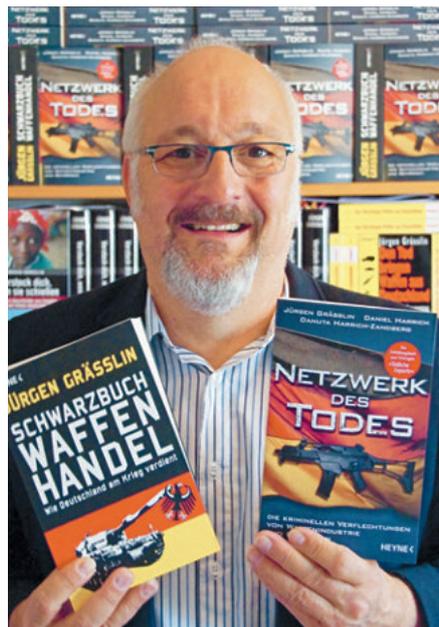
—Warum Terrororganisationen rund um den Globus vieltausendfach mit Heckler&Koch-Waffen morden können—

Aufgrund ihrer Treffgenauigkeit und Kadenz, Reichweite und Robustheit schätzen Terroristinnen und Terroristen in aller Welt die handlichen Kriegswaffen von Heckler & Koch (H&K). Dabei waren und sind es primär nicht die legal erfolgten Direktexporte Hunderttausender von Sturm-, Maschinen- und Scharfschützengewehren sowie Maschinenpistolen des Oberndorfer Kleinwaffenproduzenten und -exporteurs, die den Weltwaffenmarkt überflutet und Terrormilizen, Guerilla- und staatlichen Armeeeinheiten den massenhaften Zugang zu den H&K-Waffen ermöglicht haben.

Vielmehr haben sich die in den 60er, 70er und 80er Jahren erfolgten mindestens 15 Lizenzvergaben für das H&K-Schnellfeuer-gewehr G3 und mindestens sieben Lizenzvergaben für die H&K-Maschinenpistole MP5 in vielfacher Hinsicht dramatisch ausgewirkt. In aller Welt wurden Waffenfabriken zum Nachbau der H&K-Waffen errichtet.

Seit den G3-Lizenzvergaben an menschenrechtsverletzende bzw. kriegsführende Staaten wie den Iran, Saudi-Arabien, die Türkei, Pakistan oder Mexiko boomt der Handel mit den Heckler&Koch-Waffen. Laut Schätzungen – evaluierbare Zahlen liegen nicht vor – ist das G3-Gewehr (nach der Kalaschnikow) das weltweit zweitmeist verbreitete Gewehr. Rund 15 Millionen dieser H&K-Sturm-gewehre befinden sich zur Bewachung und Bedrohung, Abschreckung und Erschießung im Einsatz in Kriegen und Bürgerkriegen.

Unter dem Bruch der Endverbleibserklärungen (Enduser Certificates), die die Lizenznehmer den jeweils genehmigenden Bundesregierungen gegenüber unterzeichnet haben, lieferten Staaten wie Saudi-Arabien oder die Türkei widerrechtlich G3 oder MP5 in unbekannter Stückzahl an „befreundete Staaten“. Illegalerweise tauchten in saudischer Lizenz bei der Firma MIC gefertigte G3-Schnellfeuer-gewehre tausendfach in den Bürgerkriegsländern Sudan und Somalia auf. Türkische MP5-Maschinenpistolen wurden – widerrechtlich – in Länder des Mittleren Ostens und nach Indonesien exportiert.



Im August 2014 entschieden Bundeskanzlerin Merkel und vier MinisterInnen von CDU/CSU und SPD in interner Runde, 16.000 G3- und G36-Sturm-gewehre

aus Beständen der Bundeswehr mit sechs Millionen Schuss Munition, 40 MG3-Maschinengewehre mit einer Million Schuss Munition, 8.000 P1-Pistolen mit einer Million Schuss Munition, 30 Panzerabwehr-waffen MILAN mit 500 Lenkflugkörpern, 200 Panzerfäuste-3 mit 2.500 Patronen, 40 Schwere Panzerfäuste mit 1.000 Patronen, 100 Signalpistolen mit 4.000 Patronen sowie 10.000 Handgranaten in das Bürgerkriegsland Irak auszuliefern. Empfänger dieser Kriegswaffen waren die Peschmerga, Einheiten irakischer Kurden im Kampf gegen den IS. Begründet wurden die wider das Waffenembargo der Vereinten Nationen erfolgenden Lieferungen mit dem vorbildlichen Einsatz der Peschmerga bei der Rettung von Jesidinnen und Jesiden. Realiter hatten diese Aufgabe kämpfende Einheiten der türkischen PKK geleistet, doch diese standen und stehen auf der Terrorliste Deutschlands und der USA. Bereits damals warnte ich nachdrücklich davor, dass es eine Frage der Zeit sei, bis die ersten der Bundeswehr-waffen in die Hände des IS gelangen und eingesetzt werden würden.

Und längst ist offenbar: Der IS schießt und mordet deutsch: mit G3- und G36-Sturm-gewehren, entwickelt von Heckler & Koch, mit MG3-Maschinengewehren von Rheinmetall, mit Walther-P99-Pistolen und Walther-KKF-Gewehren von Carl Walther, mit MILAN-Raketen des deutsch-französischen Waffenproduzenten MBDA und mit besagten HOT-Lenkflugkörpern der heutigen Airbus-Gruppe.



SAUDISCHE SOLDATEN BEI EINER PARADE – MIT DABEI: DAS G36 VON HECKLER UND KOCH

Foto: Al Jazeera English / Omar Chatriwala, CC BY-SA 2.0

Waffen wie diese, so der Vorwurf von Amnesty International, würden die zahlreichen Gräueltaten des IS erst ermöglichen. In erheblichem Maße waren Waffen bei der Eroberung der Stadt Mossul im Sommer 2014 in die Hände des IS gefallen. Desgleichen erbrachten auch die Eroberungen von Armee- und Polizeistützpunkten in Falludscha, Ramadi und Tikrit Beutewaffen in großem Umfang.

Ein Rechercheteam des NDR und des WDR wies im Januar 2016 nach, dass Sturmgewehre und Pistolen aus Beständen der Bundeswehr, die die Bundesregierung an die kurdische Autonomieregierung im Norden des Irak transferiert hatte, mittlerweile auf Waffenmärkten feilgeboten werden. Auf dem Waffenmarkt von Erbil präsentierte ein Händler Sturmgewehre von Heckler & Koch. Unter der Typenbezeichnung G3, der Seriennummer und dem Herstellerkürzel von „HK“ war auch das Kürzel „Bw“ für Bundeswehr erkennbar.

Kaum ein Streitgespräch, in dem nicht ein Vertreter der Bundesregierung oder des für die Waffenexportkontrolle zuständigen Bundeswirtschaftsministeriums gebetsmühlenartig die Behauptung ins Feld führt, Deutschland beliefere ausschließlich „die Guten“ mit Kriegswaffen. Diese verbale Vorgabe ist schlichtweg unhaltbar. Denn Waffen wandern. Diese Erkenntnis ist so alt wie die Rüstungsexportpolitik selbst.

Hinzu kommt die Jahrzehnte währende gezielte Kooperation wechselnder Bundesregierungen bei anfangs legalen

Waffentransfers mit befreundeten Staaten, wie beispielsweise Pakistan oder Saudi-Arabien. Deren Sicherheitsdienste und Streitkräfte unterhalten ihrerseits enge Kontakte mit politisch oder religiös nahestehenden Terrororganisationen.

Dramatisch sind auch die Folgen der 2008 von der christlich-sozialdemokratischen Bundesregierung unter der Ägide von Bundeskanzlerin Angela Merkel und Bundesaußenminister Franz-Walter Steinmeier genehmigten Lizenzvergabe für das neue H&K-Sturmgewehr G36 an Saudi-Arabien. Die Prognose ist wenig gewagt: Wieder werden über lange Jahre hinweg H&K-Sturmgewehre unter Bruch des Enduser Certificate illegal in andere Länder reexportiert. Der Anfang ist gemacht: Jüngst wurden kistenweise H&K-Sturmgewehre von der saudischen Luftwaffe über dem Jemen abgeworfen. Zur Unterstützung jemenitischer Rebellen, die sich – mit Rückendeckung aus Riad – im Krieg mit der jemenitischen Regierung befinden.

Wie wenig die Bundesregierung aus den dramatischen Fehlentwicklungen gelernt hat, belegen die bis heute fortwährenden Waffenexportgenehmigungen an menschenrechtsverletzende Staaten. Folgeschwer waren die – pars pro toto zu erwähnenden – Transfers von mindestens 8.000 (bzw. bis zu 19.000) G36-Gewehren nach Mexiko zwischen 2005 und 2009. Rund die Hälfte davon gelangte mit Wissen führender H&K-MitarbeiterInnen widerrechtlich in verbotene Unruheprovinzen wie Chiapas, Chihuahua, Guerrero und Jalisco.

Wer Waffen in Krisen- und Kriegsgebiete exportiert, nimmt deren – zumeist illegalen – Re-Export an menschenrechtsverletzenden Regimes und Terroristen zumindest billigend in Kauf. Endverbleibserklärungen sind das Papier nicht wert, auf dem sie gedruckt werden, eine unangekündigte Vor-Ort-Kontrolle fand und findet bislang nicht statt. De facto helfen nur strikt eingehaltene und überwachte Rüstungsexportverbote und Waffenembargos.

Immerhin zeichnet sich zurzeit ein bedeutender Lichtblick bei der juristischen Sanktionierung illegalen Waffenhandels ab: Die erste meiner Strafanzeigen gegen Heckler&Koch-Beschäftigte vom April 2010 führte im November 2015 endlich zur Anklageerhebung seitens der Staatsanwaltschaft Stuttgart gegenüber sechs früheren H&K-Mitarbeitern. Unter ihnen befinden sich auch zwei vormalige Geschäftsführer. Die öffentlichen Prozesse sollen im Frühjahr am Landgericht Stuttgart stattfinden. Friedensbewegte Prozessbeobachterinnen und -beobachter sind herzlich willkommen.

Die Langfassung dieses Artikels mit Quellenangaben finden Sie unter:
kurzlink.de/IS-schiesst-deutsch

Jürgen Grässlin ist Sprecher der Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ und Bundessprecher der DFG-VK.

